

F a k t e n u n d A r g u m e n t e

Regionalkonferenzen in Kassel, Walsrode und Magdeburg: Ein voller Erfolg



Foto: Frank Ossenbrink

CDU zeigt Geschlossenheit und Zuversicht

Lebhafte Diskussion in der Kasseler Documenta-Halle – die erste von zehn Regionalkonferenzen mit dem Thema Antrag des Bundesvorstands an den 14. Parteitag in Dresden war ein voller Erfolg.

Angela Merkel: „Freie Menschen. Starkes Land – Mitglieder und Freunde der CDU greifen die Vorschläge auf, die die Bundespartei in ihrem Programmentwurf für

die Bundestagswahl macht, und sorgen dafür, dass sie überall bekannt werden.“

Viel Beifall von den fast 500 Teilnehmern der Regionalkonferenz am 17. Oktober für die Grundsatzrede der Parteivorsitzenden. Die anstehenden Entscheidungen nach den Terroranschlägen am 11. September in den USA bestimmen die Themen.

Fortsetzung Seite 6

DOKUMENTATION

Im Osten was Neues. Der Aufbau Ost muss zum Aufbruch in ein modernes und erfolgreiches Deutschland werden. Antrag des Bundesvorstands an den 14. Parteitag in Dresden. Als Positionspapier vorgelegt vom stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Nooke

INNENTEIL

Der Startschuss für das Wahljahr 2002 fällt auf dem Parteitag in **Dresden**

„Der Weg der Erneuerung ist ohne Alternative.“ Angela Merkel sagt diesen Satz auch für die Bundespartei. **„Seit dem Essener Parteitag bestimmt Erneuerung unser politisches Handeln: inhaltlich und personell. Und wir kommen auf dem schwierigen, aber einzig Erfolg versprechenden Weg voran.“**

Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus waren kein „Kontoauszug“, der das Gesamtguthaben der Partei belegt. Angela Merkel: „Mit bundespolitischen Entschei-

dungen der CDU hat der Wahlausgang in Berlin nichts zu tun.“ Unberührt davon bleibt der Prozess, in den sich die Partei mit allen ihren Gliederungen engagiert, und das Ringen der CDU um die besseren Konzepte. „Nach Ergebnissen werden uns die Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl 2002 fragen und ihr Kreuz bei denen machen, deren Angebote sie am meisten überzeugen.“

Die Parteivorsitzende nimmt die sich fast täglich verschlechternden Konjunkturdaten für die Prognose

zum Anlass: Wirtschaft und Arbeitsmarkt werden im Wahljahr wichtige Themen sein. Zusammen mit den längst überfälligen Reformen der sozialen Sicherungssysteme bestimmen sie heute schon die politische Auseinandersetzung. Angela Merkel: „Sie bestimmen auch die Diskussion, die wir im Vorfeld des 14. Parteitags führen und werden Gegenstand der Beschlüsse sein, die wir in Dresden Anfang Dezember fassen.“

Zur Frage Kanzlerkandidatur: „In die Entscheidung darüber lassen wir uns von niemandem hineinreden. Wir haben einen Zeitplan vereinbart, den wir einhalten.“

Den Weg der **Erneuerung** konsequent weiter gehen

„Am Ergebnis der Wahl gibt es nichts, aber auch gar nichts zu beschönigen.“ Mit diesen Worten eröffnet Angela Merkel die **Pressekonferenz nach der Präsidentschafts- und Bundesvorstandssitzung am 22. Oktober.**

Ihre nüchterne Feststellung: „Der Berliner CDU ist es nicht gelungen, den im Frühjahr begonnenen Weg der Erneuerung den

Wählerinnen und Wählern überzeugend deutlich zu machen.“ Und das trotz des engagierten Wahlkampfs, den die Berliner CDU mit Frank Steffel an der Spitze und mit den vielen Mitgliedern und Helfern in den Kreis- und Ortsverbänden geführt hat. Die Parteivorsitzende dankt für diesen Einsatz und spornt an, „den Weg der Erneuerung jetzt konsequent fortzusetzen“.

Die Finanzen der Partei sind in Ordnung

„Die Bundespartei ist saniert“ – so lautet das Fazit des Berichts über die Parteifinanzen. Bundesschatzmeister Ulrich Cartellieri hat die Aufgabe der „strukturellen Erneuerung“ der Finanzen erfüllt und wird deshalb sein Amt nur noch bis zum Parteitag ausüben. 

Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordneten- versammlungen am 21. Oktober

Vorläufiges amtliches Endergebnis

	Abgeordnetenhaus Berlin 2001		Abgeordnetenhaus Berlin 1999		Diff.	Bezirkswahlen Berlin 2001		Bezirkswahlen Berlin 1999		Diff.
	(Zweitstimmen)		(Zweitstimmen)			Anzahl		Anzahl		
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	2.417.558		2.414.493			2.478.308		2.475.015		
Wahlbeteiligung	1.649.456	68,2	1.582.407	65,5	+2,7	1.656.517	66,8	1.593.218	64,4	+2,4
gültige Stimmen	1.621.532		1.563.576			1.632.474		1.574.135		
SPD	481.158	29,7	349.731	22,4	+7,3	504.479	30,9	375.350	23,8	+7,1
CDU	384.986	23,7	637.311	40,8	-17,1	438.725	26,9	630.417	40,0	-13,1
PDS	365.839	22,6	276.869	17,7	+4,9	319.397	19,6	281.555	17,9	+1,7
FDP	160.584	9,9	34.280	2,2	+7,7	122.219	7,5	27.757	1,8	+5,7
Grüne	147.795	9,1	155.322	9,9	-0,8	166.360	10,2	158.946	10,1	+0,1
REP	21.817	1,3	41.814	2,7	-1,4	23.781	1,5	43.662	2,8	-1,3
Sonstige	59.353	3,7	68.249	4,4	-0,7	57.513	3,5	56.448	3,6	-0,1

Mandatsverteilung

	Abgeordnetenhaus Berlin 2001	Abgeordnetenhaus Berlin 1999	Differenz
SPD	44 (26)	42	+2
CDU	35 (19)	76 (46)	-41
PDS	33 (32)	33 (30)	0
FDP	15		+15
Bündnis 90/Die Grünen	14 (1)	18 (2)	-4
Summe	141 (78)	169 (78)	-28

in Klammern: Direktmandate

Die
Abkürzungen
bedeuten

CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands
 FDP Freie Demokratische Partei
 Grüne BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
 PDS Partei des Demokratischen Sozialismus
 REP DIE REPUBLIKANER
 SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und die Wahl zu den Bezirksverordnetenversammlungen von Berlin 2001 im Vergleich zu anderen Wahlen
Stadtbezirke West

	Abgeordnetenhaus Berlin 2001 (Zweitstimmen)			Abgeordnetenhaus Berlin 1999 (Zweitstimmen)			Bezirkswahlen Berlin 2001			Bezirkswahlen Berlin 1999			Europawahl 1999			Bundtagswahl 1998 (Zweitstimmen)		
	Anzahl	%	Differenz	Anzahl	%	Differenz	Anzahl	%	Differenz	Anzahl	%	Differenz	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	1.437.552			1.450.624			1.485.454			1.499.010			1.462.027		1.472.004			
Wahlbeteiligung	1.014.996	70,6	+3,1	979.718	67,5		1.023.757	68,9	+2,9	989.219	66,0		628.738	43,0	1.202.746	81,7		
gültige Stimmen	998.295			966.408			1.008.175			975.407			622.215		1.187.330			
SPD	336.358	33,7	+8,5	243.226	25,2		340.866	33,8	+7,3	258.217	26,5		182.064	29,3	470.235	39,6		
CDU	307.403	30,8	-18,5	476.569	49,3		354.226	35,1	-14,0	478.662	49,1		268.116	43,1	350.318	29,5		
FDP	127.905	12,8	+10,0	27.531	2,8		93.951	9,3	+7,1	21.851	2,2		18.480	3,0	79.243	6,7		
Grüne	111.068	11,1	-1,0	116.842	12,1		124.320	12,3	-0,3	122.470	12,6		93.419	15,0	160.832	13,5		
PDS	68.915	6,9	+2,7	40.979	4,2		48.419	4,8	+1,0	36.828	3,8		22.102	3,6	32.475	2,7		
REP	14.275	1,4	-1,2	24.945	2,6		17.162	1,7	-1,1	26.833	2,8		11.280	1,8	26.218	2,2		
Sonstige	32.371	3,2	-0,6	36.316	3,8		29.231	2,9	-0,2	30.546	3,1		26.754	4,3	68.009	5,7		

liner Unternehmer und ihr Dachverband für eine Ampelkoalition ausgesprochen. Daraus spricht weniger die Zuversicht, dass mit einem Senatausrotten, Gelben und Grünen eine neue Zeit für Berlin anbrechen werde, als vielmehr die Sorge, dass Wowereit doch Ernst machen könnte mit seinem Liebäugeln in Richtung PDS. Dort aber, wo die Postkommunisten in der Regierung sitzen, hat die Wirtschaft keine Chance. Die Welt

Rot-Rot?

Der Wahlsieger Ost mit dem Wahlsieger West? Gysi meint, alles andere käme einem Verzicht auf die innere Einheit der Stadt gleich. Aber die gilt es im Blick auf beide Hälften Berlins zu wahren. Und dieser Blick zeigt nicht nur die 48% der PDS im Ostteil, sondern auch deren marginale vier Prozente im Westen. Wie der Marzahner mit der CDU wenig im Sinn hat, empfindet der Reinickendorfer die PDS als Strafe. Die Stadt ist gespalten. Aber kann man sie zusammenfügen durch ein rot-rotes Bündnis, das von 90% der SPD-Sympathisanten abgelehnt wird?

Der Tagesspiegel

Geschlossenheit und Zuversicht

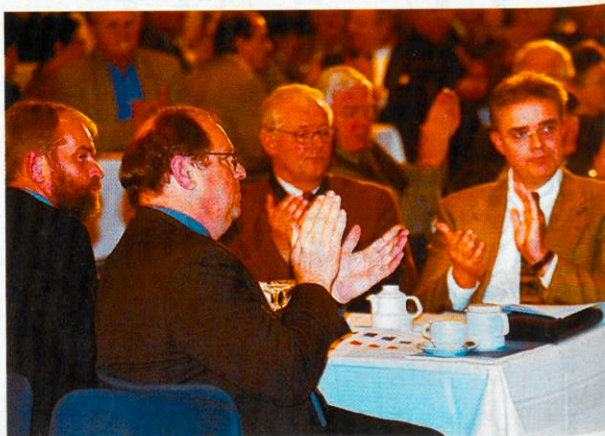
Fortsetzung von Seite 1

■ Neue Aufgaben der Bundeswehr und deren Legitimierung durch Grundgesetzänderung ■ innere Sicherheit und Eichels Erhöhung der Versicherungssteuer ausgerechnet in Zeiten steigender Prämien: nur zwei Beispiele dafür, was auch bei den vielen Wortmeldungen zur Sprache gebracht wird.

Ganz wichtig: die Kosten des Sozialsystems. Wenn es in den kommenden sieben Jahren nicht gelinge, einen Anteil dieser Kosten in Höhe von 60 Milliarden Mark zugunsten der Familien umzuschichten, „dann brauchen wir“ – so die Parteivorsitzende – „von Sozialpolitik nicht mehr zu reden“.

Angela Merkel: „Unsere Programme sind richtig. Wir haben keinen Grund, uns zu verstecken oder uns weniger zuzutrauen, als die Wähler von uns erwarten.“

Um ein bis zwei Prozent liegen SPD und CDU auseinander, schätzt sie die Chancen der Union ein. Ministerpräsident Koch fasst die Stimmung der Teilnehmer in Kassel mit den Worten zusammen: „Die CDU zeigt Geschlossenheit und Zuversicht.“





Schröder stopft nur noch Löcher

Zu den neuesten Wirtschaftsdaten und den Vorabmeldungen über ein Konjunkturprogramm für den Straßenbau erklärte Generalsekretär Larenz Meyer:

Die Regierungsparteien haben den Versuch eingeleitet, die weltpolitische Lage seit dem 11. September zur Vertuschung ihrer desaströsen Fehler in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu missbrauchen. Das wird ihnen nicht gelingen, denn die Wirtschaftsdaten belegen eindeutig, dass die konjunkturelle Talfahrt durch den mangelhaften Sachverstand und die falschen Entscheidungen der Bundesregierung verursacht wurde und lange vor den Terroranschlägen feststand.

Nachdem der Kanzler zuvor mit ruhiger Hand zugeesehen hat, wie durch seine Politik die Wirtschaft und das Wachstum in Deutschland löcherig wurden, verfällt er jetzt in aktionistisches Löcherstopfen. Doch Schröders stopfende Hand kommt gar nicht so schnell nach, wie die Probleme aufbrechen.

UD



Fotos: Frank Ossenbrink

Bessere **Zukunftschancen** für lernschwache Kinder und Jugendliche

Eine sozial gerechte Gesellschaft muss auch lernschwächeren Kindern und Jugendlichen Bildungschancen und damit zugleich eine faire Möglichkeit zur Teilhabe am Erwerbsleben eröffnen. Die CDU will die Lobby dieser Kinder und Jugendlichen sein. Sie tritt für ein begabungsgerechtes, gegliedertes und durchlässiges Schul- und Bildungswesen ein. Jeder hat das Recht, seine Talente zu entfalten.

Deshalb ist die besondere Beachtung der Lernschwächeren für uns eben so selbstverständlich wie die Förderung der Hochbegabten. Die CDU will mit den folgenden Vorschlägen auf die spezifischen Probleme lernschwächerer Kinder und Jugendlichen aufmerksam machen und sich für deren Lösung einsetzen:

■ **Frühe Förderung:** Schon in den Kindergärten und Grundschulen muss damit begonnen werden, lernschwache Kinder gezielt zu fördern. Zwischen Kindergärten und Grundschulen muss es eine enge Koopera-

tion geben, z.B. durch Gutachten der Kindergärten über evtl. vorhandene Probleme und Lernschwächen eines Kindes.

■ **Spezielle Bildungsangebote an Schulen:** Schulen sollen in Zukunft mehr Eigenverantwortung und Handlungsspielräume erhalten. Diese müssen sie auch nutzen, um passende Lernkonzepte für Lernschwächere zu schaffen. Dabei müssen die unterschiedlichen Ursachen und Ausprägungen von Lernschwäche berücksichtigt werden. Lernschwächere brauchen z.B. spezielle Förderklassen mit geringerer Schülerzahl und individueller Betreuung.

■ **Ganztagsangebote und Betreuung:** Ganztagsangebote und Ganztagschulen sollen bedarfsgerecht ausgeweitet werden. Hierin kann auch für Lernschwächere eine besondere Chance liegen.

■ **Erhöhter Lehrbedarf:** Bei der Berechnung des Lehrbedarfs darf nicht

nur auf die Zahl der Schüler geachtet werden. Die wachsenden pädagogischen Herausforderungen an vielen Schulen und die erforderlichen besonderen Lernkonzepte für Lernschwächere müssen ebenfalls berücksichtigt werden.

■ **Praxisbezug:** Regelmäßige Praxistage in Betrieben bzw. längere Betriebspraktika und praxisorientierte Projektprüfungen müssen fester Kernbestandteil der Schulbildung von Kindern und Jugendlichen mit Schwächen beim theoretischen Lernen sein. So sammeln die Schüler schon frühzeitig Erfahrungen, in welchem Berufsfeld sie ihre Persönlichkeit am besten entfalten können. Kontakte zwischen Schülern und künftigen Arbeitgebern werden geknüpft und Verhaltensweisen eingeübt, die für den späteren beruflichen Erfolg unerlässlich sind.

■ **Grundfertigkeiten:** Neben dem Praxisbezug muss die Vermittlung solider Grundfertigkeiten in Deutsch und Mathematik

auf den Lehrplänen ganz oben stehen. Die sichere Beherrschung der deutschen Sprache ist für alle Kinder Kern der schulischen Bildung und Voraussetzung für Erfolg in fast jedem Beruf. Solide Deutschkenntnisse haben deshalb auch Priorität vor Fremdsprachenkenntnissen.

■ **Kooperation und Prävention:** Die Zusammenarbeit der Schule mit den Eltern lernschwacher Kinder ist besonders wichtig: Lernschwächen sind oft nicht zuletzt auf Versäumnisse im Elternhaus zurückzuführen. Die Eltern dürfen aber nicht aus ihrer Erziehungspflicht entlassen werden, sondern müssen in eine enge Partnerschaft mit den Schulen eingebunden werden. Zugleich ist die Kooperation der Schulen mit Jugendhilfe und Schulsozialhilfe zu verstärken. Gemäß dem Grundsatz „Vorbeugen ist besser als therapieren“ muss auch geprüft werden, ob finanzielle Mittel für nachträgliche Qualifizierung und „Schadensbehebung“ nicht früher, nämlich in den Schulen selbst, effektiver eingesetzt werden können.

■ **Besondere Lehrer:** Schüler mit Lernschwächen brauchen besondere Lehrer.

Diese Lehrer brauchen eine entsprechend eigenständige pädagogische Ausbildung und entsprechende Lehrerfortbildung.

■ **Anerkennung für die Lehrer:** Die besondere pädagogische Leistung der Lehrer muss anerkannt werden, z.B. durch Anrechnungsstunden für zusätzliche pädagogische Arbeit wie Elternbetreuung. Sie muss aber auch finanziell honoriert werden. Es muss langfristig das Ziel sein, dass Lehrer an den Schulen, die traditionell viele lernschwächere Kinder aufnehmen, das gleiche Gehalt bekommen wie Lehrer an anderen weiterführenden Schulen.

■ **Begabungsgerechtigkeit:** Im Vordergrund der schulpolitischen Debatte sollte nicht die Schulform bzw. ihre Bezeichnung stehen. Uns geht es um die Hauptschüler und deren besondere Probleme. Entscheidend ist, dass es für sie begabungsgerechte, differenzierte Schulangebote gibt: Wir brauchen nicht eine Schule für alle, sondern für jeden die passende Schule.

■ **Profis für die Praxis:** Dort, wo die Hauptschule

nicht mehr oder weniger systematisch verdrängt und absichtlich zur so genannten Restschule degradiert wurde, erfüllt sie die Aufgabe einer praxis- und berufsbezogenen Schule für Lernschwächere ganz hervorragend. Viele Eltern schätzen besonders die erzieherische Leistung der Hauptschule als Schule, die sich um die einzelnen Schüler individuell kümmert. Die Hauptschulen bzw. praxis- und berufsbezogene Bildungsgänge dürfen nicht weiter schlecht geredet werden. Sie müssen vielmehr in ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung aufgewertet werden und politische Priorität bekommen. Sie brauchen eine starke gesellschaftliche Lobby und Unterstützung z.B. durch Mäzene, Kirchen, die Wirtschaft u.a.

■ **Zentrale Prüfungen, ehrliche Noten:** Die Akzeptanz praxis- und berufsbezogener Bildungsgänge – nicht zuletzt bei den Arbeitgebern – kann durch zentrale und transparente Abschlussprüfungen gesteigert werden. Auch mit lernschwächeren Kindern muss ehrlich umgegangen werden. Sie müssen gefördert werden. Aber geschönte Noten darf es für sie nicht geben. ▶

Für mehr Differenzierung

Anlässlich des Beschlusses (Seite 8/9) erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses:

Lehrer berichten zunehmend von verhaltensauffälligen Schülern mit hohem Aggressionspotenzial, Konzentrations- oder Motivationschwächen. Die Schule muss auf diese neuen pädagogischen Herausforderungen reagieren, und die Politik muss dazu beitragen, dass sie

hierzu auch in der Lage ist. Die Gefahr, dass lernschwächere Kinder auf dem Weg in die Hochtechnologie- und Wissenschaft der Zu-

kunft auf der Strecke bleiben, wächst. Die Zahl der einfachen Jobs wird weiter abnehmen. Ohne Schulabschluss ist das Risiko, langfristig arbeitslos zu bleiben, besonders groß.

Wir brauchen vor allem mehr Differenzierung im Schulwesen, damit Lernschwächere gezielt gefördert werden können. Nicht für alle eine Schule, sondern für jeden die passende Schule mit individuellen Bildungsangeboten – ist die Devise.



Chancen verspielt

■ Ein neues Programm für die Jugendpolitik hatte die Schröder-Regierung versprochen. Was jetzt die Bundesjugendministerin vorgelegt hat, sind aber nur „alte Hüte“. Für etwas anderes stehen nach dem derzeitigen Entwurf des Bundeshaushalts auch keine Mittel zur Verfügung. 30 Millionen Mark sind der Jugendpolitik sogar weggenommen worden. **Maria Eichhorn**, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU: „Als *Chancen im Wandel* verkauft Frau Bergmann ihr Programm. Tatsächlich hat sie aber alle Chancen für eine neue Jugendpolitik verspielt.“

Lehrstellenbilanz

■ Angesichts der sich gegenüber letztem Jahr weiter verschlechternden Zahlen der Ausbildungslage in den neuen Ländern hat der Berichtstatter der CDU/CSU für die berufliche Bildung, **Rainer Jork**, die Bundesregierung aufgefordert: ■ Außerbetriebliche Lehrstellen dürfen im Osten nur in dem Maße reduziert werden, wie das Angebot an betrieblichen Stellen wächst. ■ Um das Angebot an betrieblichen Stellen in den neuen Ländern zu erhöhen, sind Lohnko-

stenzzuschüsse vor allem an finanzschwache kleine und mittlere Unternehmen zu zahlen. ■ Besonders Ausbildungsgänge mit hohem Zukunftspotential sind zu fördern, um dem Fachkräftemangel in vielen Branchen zu begegnen. ■ Falls ein Bewerber aus dem Osten keine Lehrstelle in den neuen Ländern findet, muss die Rückkehr nach Hause nach der Ausbildung in den alten Ländern unterstützt werden.

Schlechter Anwalt

■ Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) steht vor immensen Defiziten. Das zeigt der von der CDU/CSU geforderte Bericht über die Auswirkungen der Rentenreform 2000. Das rot-grüne Arzneimittel-Ausgabenbegrenzungs-Gesetz wird die Fehlbeträge nicht auffangen können, die sich bis 2015 mit 20 Milliarden Mark aus der Absenkung des Rentenniveaus ergeben und in Höhe von bis zu 14 Milliarden aus der Beitragsfreiheit bei Entgeltumwandlungen für die betriebliche Altersversorgung resultieren. **Wolfgang Lohmann**, gesundheitspolitischer Sprecher, und **Ulf Fink**, zuständiger Berichtstatter der Fraktion: „Die Bundesgesundheitsministerin hat bei der Ressortabstimmung mit dem Arbeitsmini-

sterium als Anwalt der Interessen der GKV völlig versagt.“

Erfolgreich

■ Der Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände (VZBV) soll jetzt doch mehr Geld bekommen. Die Aufstockung der Mittel beträgt 672.000 Euro. **Annette Widmann-Mauz**, Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU: „SPD und Grüne haben sich unsern Argumenten nicht länger verweigern können. Jetzt fehlen nur noch die Mittel für zusätzliches Personal. Unser Vorschlag zur Gegenfinanzierung: die Mittel, mit denen die Koalition die Öffentlichkeitsarbeit des Künst-Ministeriums aufstocken will.“

Grundstein gelegt

■ Vertreter der Produktion, der Verarbeitung und des Handels im Lebensmittelbereich haben einen Gesellschaftsvertrag geschlossen. Dazu der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU, **Klaus Lippold**: „Damit ist der Grundstein für mehr Lebensmittelsicherheit und für mehr Verbraucherschutz gelegt – gleichzeitig aber auch der Beweis dafür angetreten, dass die Wirtschaft mehr erreicht als

die Schröder-Regierung.“ Zu hoffen sei, dass Rot-Grün das genau so sieht und von einer Politik absieht, die mit dem Aufbau von immer mehr bürokratischen Hürden die Landwirtschaft behindert.

Änderungsantrag

■ Um die schlimmsten Schieflagen im Kulturhaushalt zu korrigieren, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf eingebracht. Ziel: Ausstattung ■ der Deutschen Welle verbessern, ■ der vom Bund finanzierten Kulturinstitutionen in Berlin und Bonn, ■ der Förderung der deutschen Sprache, ■ der Kulturarbeit in den früheren deutschen Gebieten und ■ der Auslandsschulen. **Nobert Lammert**, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion: „Mit 1,4 Prozent liegt der Nida-Rümelin-Etat unter der Steigerungsrate des Gesamthaushalts – 1,6 Prozent. Von einem neuen Stellwert der Kulturförderung kann keine Rede sein. Der Bund spart sich die Kultur.“

Spiegelfechterei

■ Wie man aus einer Kürzung eine Erhöhung macht, geht so: zuerst die Mittel für die Sportförderung um

40 Millionen Mark verringern und dann 20 Millionen Mark von dieser Verschlechterung wieder zurücknehmen. Besonders ärgerlich: statt angekündigter 60 Millionen für die Nationale Anti-Doping-Agentur schließlich nur noch 10 Millionen. Und für den Spitzensport stehen 2002 rund 30 Millionen weniger zur Verfügung als 1999. **Klaus Riegert**, sportpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Das auch noch mit Eigenlob zu krönen, fehlte gerade noch.“

Verwahrlosung

■ aber einfach auch Ungastlichkeit und Unsicherheit ist der Eindruck, den das Graffiti-Unwesen vor allem in Berlin, aber auch in anderen deutschen Städten erweckt. Kosten für die Beseitigung der Schmierereien Jahr für Jahr: 500 Millionen Mark. Das hat Rot-Grün jedoch nicht davon abgehalten, alle Vorschläge der Union zur Graffiti-Bekämpfung abzulehnen. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Im Bundesrat liegt jetzt ein vernünftiger Vorschlag der badenwürttembergischen Landesregierung vor. Ich fordere SPD und Grüne auf, endlich darauf einzugehen.“

Das Fach LER passt grundsätzlich nicht in die Systematik von **Religion** und Ethik

Zum Kompromiss der SPD in Brandenburg in der Frage von LER erklärte der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK):

Bei der aktuellen Diskussion um „LER“ heuchelt die SPD in Brandenburg nun Kompromissbereitschaft. Dies ist jedoch nur ein Ablenkungsmanöver aus taktischen Gründen. Die Brandenburger SPD brüskiert mit ihrer Argumentation das Bundesverfassungsgericht und die Kirchen.

Der so genannte „Kompromiss“ bedeutet in Wirklichkeit, dass die SPD höchstens bereit ist, sich einen Vergleichsvorschlag des Bundesverfassungsgerichts anzuhören – und ihn dann gegebenenfalls abzulehnen.

Dies mag vielleicht ein großer Schritt für eine den Kirchen und dem Christentum weithin entfremdete Partei sein, es ist jedoch ein Witz für diejenigen, die begreifen, wie wichtig christlich geprägte Wertevermittlung in der Schule ist.

Die Kirchen und die CDU/CSU Bundestagsfraktion sind hingegen einen ehr-



lichen und echten Kompromiss eingegangen. Die bundesdeutsche Systematik hinsichtlich der Wertevermittlung sieht – dem Grundgesetz entsprechend – Religion als Pflichtfach vor. Die CDU/CSU hat sich immer für ein Wahlpflichtfach eingesetzt. Dies erkennt auch an, dass es religiös Ungebundenen und Uninteressierten möglich sein muss, einen Ethikunterricht zu besuchen.

Ehrlicher Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion

In diese Systematik von Religion und Ethik passt das Fach „LER“ grundsätzlich nicht. Die CDU/CSU als Mitkläger beim Bundesverfassungsgericht ist aber bereit, „LER“ als Pflichtfach anzuerkennen. Dies ist der

ehrliche Kompromissvorschlag der Kirchen und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das anfängliche Ziel, „LER“ abzuschaffen, ist diesem Kompromiss gewichen.

Dafür verlangen die klagenden Parteien aber zu recht Religion als hinzutretendes Pflichtfach zu „LER“. Die Wahlpflicht kann nur lauten: „LER“ oder Religion. Etwas anderes verdient das Wort Kompromiss nicht. Die SPD hingegen lehnt diese Lösung qua Parteitag ab.

Die Bedingungen, die der SPD-Parteitag an seine Kompromissbereitschaft geknüpft hat, Religion als Wahlpflichtfach auf keinen Fall zuzulassen, machen deutlich, dass kein echter Kompromiss angestrebt wird.

Das Land Brandenburg streicht mit Vehemenz die 4,5 Millionen DM hervor, die es für den Religionsunterricht in diesem Jahr ausgibt. 1994 seien es nur 800.000 DM gewesen. Dies zeigt nur eins: Trotz der deutlichen Benachteiligung des Faches Religion steigt die Nachfrage nach diesem Unterrichtsfach.

DIE AUSLÄNDER kriminalität in Baden-Württemberg ist auf den tiefsten Stand seit sieben Jahren gefallen: 33.553 Verurteilungen nicht-deutscher Straftäter im Jahr 2000 nach 36.335 in 1999. Gesunken ist auch die Gesamtzahl aller im Jahr 2000 Verurteilten: von 119.213 (1999) auf 114.944. Grund dafür, die erfolgreiche Verbrechensbekämpfung mit verbesserter Polizeipräsenz und verstärkter Ermittlungsaktivität auch entschieden weiter zu verfolgen.

STRUKTURHILFEN in Höhe von rund 74,5 Millionen Euro stellt die EU-Kommission für vier ostdeutsche Städte und Berlin zur Verfügung. Das Geld, mit dem in erster Linie neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, stammt aus dem sogenannten Urban-Programm zur Wiederbelebung von Städten und Stadtvierteln.

ABWASSERentsorgung steht nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamts ganz vorne bei den Investitionen der öffentlichen Entsorgungsunternehmen: 15 Milliarden Mark in 1998. Zwei Drittel davon gingen in die Erweiterung und Sanierung des Kanalnetzes und der dazugehörigen Regen-

entlastungsanlagen. Mit einem Drittel wurde der Bau neuer Anlagen finanziert.

AB DER 5. KLASSE sollen Schüler an baden-württembergischen Gymnasien in Zukunft eine zweite Fremdsprache lernen: neben Englisch auch Französisch oder Latein. Das sehen Pläne zur Weiterentwicklung des achtjährigen Gynasiums vor. Wie die Kultusministerin Annette Schavan mitteilte, wird auch der Fremdsprachenunterricht an Grundschulen weiterentwickelt, den es seit Sommer überhaupt zum ersten Mal in einem Bundesland gibt.

RECHTZEITIGE Versorgung alter Menschen mit Medikamenten gegen beginnende Demenz könnte der Pflegeversicherung Kosten in Höhe von 1,6 Milliarden Mark ersparen. Darauf haben Fachleute auf dem Jahreskongress der Deutschen Gesellschaft für Geriatrie in Berlin hingewiesen. Erhard Hackler, Vorsitzender der Deutschen Seniorenliga: „Diese Versorgung wirkt nicht lebensverlängernd, aber sie schiebt die Pflegbedürftigkeit hinaus.“

KOSTENGRÜNDE haben den sächsischen Landesverband des Deutschen Roten Kreuzes dazu veranlasst,

Zur Bundesdelegiertentagung am 9./10. November lädt die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung ein. Tagungsort: Konrad-Adenauer-Haus in Berlin. Eröffnung: 12.30 Uhr.

seine sozialen Bahnhofsdienste ersatzlos zu streichen. Die finanzielle Belastung durch Personal- und Sachkosten waren zuletzt auf 1,8 Millionen Mark im Jahr gestiegen. Der Dienst in Zwickau wurde bereits eingestellt. Die Schließung auf den Bahnhöfen in Dresden und Leipzig ist zum 31. März vorgesehen. Das Land will seine Zuschüsse – jährlich 550.000 Mark – weiter zahlen und nach Möglichkeit das Aus auf allen Bahnhöfen verhindern

JEDER VIERTE Deutsche hat schon einmal eine Lebensversicherung vorzeitig gekündigt. Wichtigster Grund: eine lukrativere Geldanlage (27%). Die weiteren Motive: Tilgung von Schulden und Krediten (26%), Bewältigung einer neuen privaten Situation (15,5%), Folgen von Arbeitslosigkeit (13,4%). Insgesamt überwiegend, wie Allensbach mitteilt, unter den Gründen Notlagen (69%), die auch als Folgen des Wagnisses beruflicher Selbstständigkeit oder von Immobilienerwerb entstanden sein können. **UD**



Friedrich Merz hat mit 30 Überschriften aus der Presse viel Beifall und Heiterkeit erzielt. ■ „Schlafte Hand“ ■ „Ruhige Kugel“ ■ „Rotgrüner Mehltau“ – vor allem die Steuer- und Wirtschaftspolitik des Kanzlers kommt schlecht weg. Gefragt: Alternativen

Im Mittelpunkt des Deutschlandtags standen neben dem Leitartikel zum Thema Sicherheit und Wirtschaft Reden und Diskussionen mit Unionspolitikern und Wirtschaftsfachleuten. Wahlen fanden nicht statt. Prominentester Gast neben Angela Merkel, Erwin Teufel und Friedrich Merz: Wolfgang Schäuble.



Die Delegierten erhoben sich von ihren Plätzen, als die Parteivorsitzende Angela Merkel kam. Große Aufmerksamkeit und viel Beifall für ihre Rede. Eine lebhafte Diskussion schloss sich an, in der Fragen der aktuellen Politik nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten im Vordergrund standen.

Deutschlandtag
in Heilbronn

Generation 21: Projekt Deutschland

19. bis 21.
Oktober



*Angela Merkel:
Wir brauchen in
unserer Partei
den Einfalls-
reichtum und
die Energie der
jungen Genera-
tion. Es gibt
keine Frage, die
nicht auch für
sie von großem
Interesse wäre,
– selbst die
einer verlässli-
chen Altersver-
sorgung gehört
dazu.*



Die Bundesvorsitzende der Jungen Union, Hildegard Müller, führte mit ihrer Rede in den Leitantrag des Deutschlandtags ein. Hauptthemen: Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Völlig unnötig: Eine Kandidatendiskussion entgegen dem verabredeten Terminplan: „Unsere Stärke: mehrere Kandidaten zu haben.“



Fotos: Frank Ossenbrink

Stabwechsel von Rita Süßmuth zu Maria Böhmer

Unter dem Motto „Frauen mischen sich ein – Frauen gestalten mit! Zukunftsprojekt: Aktive Bürgergesellschaft“ fand am 29./30. September im Kongresszentrum Estrel in Berlin der 24. Bundesdelegiertentag der Frauen-Union der CDU statt. Das große Interesse an der Arbeit der Frauen-Union zeigte sich nicht nur in der Zahl der 370 Delegierten, sondern in der besonders großen Zahl von mehr als 150 Gästen.

Die mit dem beeindruckenden Ergebnis von 94,6 Prozent gewählte neue Bundesvorsitzende, Prof. Dr. Maria Böhmer MdB, machte nachdrücklich deutlich, wie sie sich ihre zukünftige Aufgabe als Vorsitzende der 153.000 weibliche CDU-Mitglieder umfassenden Frauen-Union vorstellt:

„Dem Aufbruch der Frauen muss ein Aufbruch der Frauen und Männer folgen. Wenn wir eine partnerschaftliche Gesellschaft von Frauen und Männern wollen, dann ist das nicht allein Aufgabe der Frauen. Männer und Frauen müssen ge-

meinsam daran arbeiten, dieses Ziel zu erreichen. Wir brauchen Männer, die sich mit uns gemeinsam für andere Maßstäbe in der Politik einsetzen.

Quorum bleibt unverzichtbarer Türöffner

Solidarität ist keine Einbahnstraße. Deshalb ist das Quorum auch in Zukunft unverzichtbar. Es ist kein Selbstzweck. Es ist der Türöffner für eine gleichberechtigte und partnerschaftliche Politikgestaltung, für eine personelle und inhaltliche Bereicherung der politischen Arbeit der Union. Aber wir müssen dabei bedenken, dass sich viele Frauen von der herkömmlichen institutionalisierten Politik nicht angesprochen fühlen. Das heißt nicht, dass Frauen unpolitisch wären. Im Gegenteil. Aber sie bevorzugen andere Formen der Partizipation.

Die aktive Bürgergesellschaft weist die Richtung für eine andere Form der politischen Partizipation, die Frauen eher anspricht.

Damit halten wir den Schlüssel in der Hand, um die Tür für bessere Mitwirkungsmöglichkeiten zu öffnen. Diese Chance müssen wir nutzen.“

Der politische Auftrag der von den Delegierten einstimmig zur Ehrenvorsitzenden gewählten Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB, die 15 Jahre an der Spitze der Frauen-Union gestanden hatte, lautete: Weiterentwicklung unserer Demokratie mit einer Bürgerschaft, die nicht nur auf Anweisung arbeitet, sondern selbstbestimmt und kooperativ zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und seinen Bürgern und Bürgerinnen beiträgt. Sie verwies in ihrem Rückblick auf die radikale Veränderung der Frauenfrage, die sich aus Rechtlosigkeit zu einem klaren Bürger- und Menschenrechtsstatus und damit zu einer entscheidenden qualitativen Veränderung innerhalb von 30 Jahren entwickelt habe. „Ohne Phantasie werden wir die Welt nicht verändern. Und das heißt zugleich in Alternativen denken.“ Einer Welt, die

sich durch den Markt, durch Wirtschaft und Erwerbstätigkeit definiert, habe gerade die Frauen-Union sehr früh mit ihrer Forderung nach Anerkennung des Sektors außerhalb der Erwerbsarbeit, der Familientätigkeit eine Alternative entgegengesetzt. Es sei eine Frage der Strukturen, dass Frauen auf gleicher Augenhöhe mit den Männern angekommen seien. Was noch nicht durchgesetzt wurde, sei der andere Blick, den Frauen auf das öffentliche politische Leben haben.

Doris Pack hielt die Laudatio für Rita Süßmuth

Die scheidende Bundesvorsitzende bedankte sich für viele Jahre der Unterstützung, auch wenn es manchmal sehr schwierig gewesen sei wie etwa beim Gewaltthema, beim § 218 oder bei der Zuwanderung. Frauen hätten sie in all den Jahren getragen, aber auch kritisch begleitet. Zum Zeichen des Dankes verschenkte sie als Zeichen der Ermutigung und der den Frauen innewohnenden Stärke ein Tütchen Senfkörner. Sie ver-



Maria Böhmer: Wenn wir eine partnerschaftliche Gesellschaft von Männern und Frauen wollen, dann ist dies nicht allein Aufgabe der Frauen. Männer und Frauen müssen gemeinsam daran arbeiten.

band damit die Botschaft, dass sich aus Winzigem Großes entwickeln kann.

Die langjährige stellvertretende Bundesvorsitzende Doris Pack MdEP charakterisierte Rita Süßmuth in einer launigen Laudatio. Sie habe es auf dem einstmals für sie vorgesehenen Ruheposten der Präsidentin des Deutschen Bundestages verstanden, die halbe Welt auf frauenpolitische Themen aufmerksam zu machen. Zwar seien Stabwechsel zumeist geeignet, denjenigen ein Standbild zu errichten, die den Stab zuvor getragen haben, dass sich aber glücklicherweise die Persönlichkeit Rita Süßmuths einem solch steinernen Monument entziehe. Ihr sei es vielmehr um das Aufbrechen erstarrter Einstellungen, das Aufstoßen von

Toren, um das mündige, eigene Gestalten des Daseins gegangen. Der Horizont der Demokratie sollte um die Dimension der Frauenpolitik erweitert werden.

Ordnung der Demokratie ist Ordnung der Freiheit

Einen weiten Bogen über alle politischen Themenfelder spannte die Parteivorsitzende Angela Merkel Sie bezog sich auf die derzeitige Weltlage nach den Terroranschlägen vom 11. September als Ausgangspunkt für eine Stärkung der Demokratien. Schon das Ende des Kalten Krieges sei ein Beweis dafür gewesen, dass die Ordnung der Demokratie als Ordnung der Freiheit über die Ordnung politischer Diktaturen gesiegt habe. Frauen sollten sich nicht nur in die Gestaltung dieser Gesellschaft des 21. Jahrhunderts mehr einmischen, sondern sie müssten es im Sinne der Familien, im Sinne der Frauen und im Sinne des Wohles unseres Landes. Dann könne die heutige Zeit gerade auch die Stunde der Frauen sein. Für sie sei es ein Akt gesellschaftlicher Vernunft und nicht ein Gnadenbrot für un-

zufriedene Frauen, dass sich die Politik der CDU aller gesellschaftlichen Ressourcen bediene. Deshalb gehöre die Vereinbarkeit von Beruf und Familie an die oberste Stelle.

Auch Donald Shemanski, Leiter der Abteilung Innenpolitik und bilaterale Beziehungen der Amerikanischen Botschaft in Berlin, ging auf die veränderte außenpolitische Lage ein. Das Alltagsleben der Amerikaner habe sich geändert, denn was geschehen sei habe Amerika ins Herz getroffen. Amerika habe gleichzeitig die Schattenseite der Menschheit gesehen wie auch die Seite der Menschlichkeit, die Hoffnung schenke. Die Stimmung in Amerika sei eine Stimmung der Angst und der Unsicherheit, gleichzeitig aber auch eine der Entschlossenheit mit einem Maß an Zusammenhalt, an Patriotismus, wie man es im positivsten Sinne seit langem nicht mehr erlebt habe. Die Szenen der Veranstaltung vor dem Brandenburger Tor in Berlin hätten in ganz Amerika Schlagzeilen gemacht. Dieser neue Zusammenhalt, die uneingeschränkte Solidarität und der Beistand hätten Amerika bewegt und zutiefst berührt. Es sei das Bild von Deutsch-

land, das man nicht vergessen werde. Dass die westliche Welt viel Gemeinsames habe und der Kern der gemeinsamen Werte stark sei und bestehen bleibe, hätten die Ereignisse der letzten Wochen gezeigt.

Neue Balance zwischen Staat, Markt und Gesellschaft

Mit der Vorsitzenden der Präsidiumskommission der CDU „Spielraum für kleine Einheiten“, Christa Thoben, hatte die Frauen-Union eine profunde Kennerin dessen gefunden, wozu der Leittrag aufrief: „Was man selbst tun kann, damit behelge man nicht andere.“ (Oswald von Nell-Breuning) Frauen im 21. Jahrhundert könnten erheblich zur aktiven Bürgergesellschaft mit einer neuen Balance zwi-

schen Staat, Markt und Gesellschaft beitragen. In einer wirklichen Demokratie gebe man Verantwortung nicht an Parlamente ab, sondern finde Politik überall da statt, wo Menschen sich organisieren, Interessen vertreten, Dinge selber lösen. In einer sich ändernden Welt werde Politik im Parlament an Ansehen wieder neu gewinnen, wenn es sich mit Kernaufgaben beschäftige. Die Großen in Schach zu halten und die Kleinen zu ermutigen, sei die Aufgabe, der sich die CDU stellen müsste, weil es um die Kernfrage der Demokratie ginge. Eine gute Gesellschaft brauche die sichtbare Hand des Staates, die unsichtbare Hand des Marktes und die vielen sichtbaren und unsichtbaren Hände derer, die miteinander, füreinander und für andere etwas unternähmen.



AUF 30 JAHRE hauptamtliche Tätigkeit als Mitarbeiter der CDU in Niedersachsen blickt **Gerhard Quast** zurück. Am 1. Oktober 1971 wurde der damalige Kreisvorsitzende der Jungen Union im Landkreis Friesland zum Landesgeschäftsführer der Jungen Union berufen. Im Mai 1972 wurde Gerhard Quast Kreisgeschäftsführer des CDU-Kreisverbands Goslar. Dieses Amt führt er bis heute. Einen wichtigen Teil seiner Arbeit hat Gerhard Quast immer darin gesehen, die organisatorischen Grundlagen zu schaffen, damit ehrenamtlich tätige Mitglieder politischer erfolgreich arbeiten können.

Die Partei geht **gut gerüstet** in das wichtige Wahljahr 2002

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern hat auf einer Vorsitzendenkonferenz am 19. Oktober in Sparow intensiv die politische Lage im Land diskutiert.

Dabei wurde deutlich, daß die zunehmende Abwanderung junger Menschen – die dem Land vor allem wegen fehlender Perspektiven und Zukunftsaussichten unter der rot-roten Koalition verstärkt den Rücken kehren – eines der Hauptthemen in der politischen Auseinandersetzung des kommenden Jahres sein werde. Mit jedem Jugendlichen, den Mecklenburg-Vorpommern verliert, gehe ein Stück Zukunft verloren, waren sich die Teilnehmer einig.

In Vorbereitung des Landesparteitags, der am 3. November in Sparow bei Alt Schwerin stattfindet, wurde auch über die Kandidaten für den neuen Landesvorstand gesprochen. Die Kreisvorsitzenden stehen hinter der Kandidatur von Eckhardt Rehberg für den Landesvorsitz der Partei und für die Nominierung zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 22. September

2002. Für die drei stellvertretenden Landesvorsitzenden liegen bislang die Kandidaturen der Parchimer CDU-Kreisvorsitzenden Karin Strenz, des Neubrandenburger Oberbürgermeisters Paul Krüger und des Bundestagsabgeordneten Ulrich Adam vor.

Steffie Schnoor: Wir stehen auf einer stabilen Basis

Die Landesvorsitzende Steffie Schnoor bezeichnete es als erfreulich, daß aus den Kreisverbänden eine große Zahl von Kandidatenvorschlägen für den Landesvorstand eingegangen seien. Darunter seien viele junge Mitglieder und kommunale Mandatsträger. Es zeichne sich ab, daß auch die weiteren Kandidatenvorschläge zu einer Verjüngung im Landesvorstand führen werden. „Die Vielzahl der Kandidaturen macht deutlich, daß die CDU sich im ganzen Land auf eine stabile Basis stützen kann. Dies zeigen auch die Wahlen in vielen Kreisverbänden der Partei. Überall

hat es junge Mitglieder gegeben, die bereit waren, sich in die Arbeit der Kreisvorstände einzubringen. Die begonnene Aufstellung der Direktkandidaten für den Landtag weist ebenfalls in diese Richtung. Es zeichnet sich ab, daß von den 36 Direktkandidaten 22 erstmals für den Landtag kandidieren. Damit ist die CDU die einzige Partei im Land, in der – gut vorbereitet – der Generationenwechsel reibungslos funktioniert.“

Knapp ein Jahr vor den Landtagswahlen befinde sich die CDU in guter Verfassung. Mit der Diskussion über die Zukunftsoffensive sei die Grundlage für ein Wahlprogramm erarbeitet. Nach dem Parteitag werde die CDU auch personell optimal aufgestellt sein und geschlossen in das Wahljahr ziehen. Es bestehe völlige Übereinstimmung in dem Ziel, die rot-rote Koalition auf die Oppositionsbänke zu zwingen. Schnoor: „SPD und PDS haben ihre Chance gehabt. Sie sind zusammen gekommen, sie sollen auch zusammen gehen. In drei Jahren haben sie nichts erreicht.“

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORGEN

ISRAEL

Mord

Für kurze Zeit hatte es so ausgesehen, als könne die Spirale der Vergeltungsschläge im Nahen Osten unterbrochen werden, doch der Mord an dem israelischen Tourismusminister Rechavam Zeewi hat sie wieder in Gang gesetzt. Der israelische Ministerpräsident Scharon wird sich dieses Mal bei einer Vergeltungsaktion wahrscheinlich nicht zurückhalten; auch der Kampf gegen den mutmaßlichen Erzterroristen Bin Ladin und sein Netz legt ihm das nahe. Der mutmaßliche Urheber des Mordes, die palästinensische Splittergruppe Volksfront für die Befreiung Palästinas, wird Israels ganze Härte zu spüren bekommen.

Frankfurter Allgemeine

Furchtbare Bestätigung

Die Mörder von Israels Touristikminister Zeewi schlü-

gen mit eiskalter Logik zu: Sie wollen die aufkeimende Hoffnung auf Frieden vernichten. Ihre Bluttat soll einen neuen Kreislauf der Gewalt entfachen: Auge um Auge, Blut um Blut. Denn erst am Tag zuvor hatte Israels Ministerpräsident Scharon sich bereit erklärt, einen Palästinenserstaat anzuerkennen. Seine Bedingung: Sicherheit für Israel. Minister Zeewi hielt dies für Leichtsinns. Er trat zurück. Seine Ermordung erscheint als furchtbare Bestätigung seiner Bedenken. Bild

Arafat am Ende

In London ließ sich Jassir Arafat als Staatsmann und Mitglied der Anti-Terror-Allianz hofieren, da bereiteten unter den Augen seiner Sicherheitsdienste die Mörder Rechavam Zeewis ihre Tat vor. Dieser Mord hat emblematische Bedeutung. Er dokumentiert, dass Arafat am Ende ist. Der weltweite Schulterchluss gegen Osama Bin Laden hätte auch der Führung eine zweite Chance

geboten. Sie wurde vertan. Das Friedensangebot Ehud Baraks schlug Arafat aus. Mit der von langer Hand vorbereiteten zweiten Intifada wollte er Israel zu weiteren Zugeständnissen zwingen und sein angeschlagenes Image als Befreiungskämpfer auffpolieren. Doch Arafat kann sich unter Befreiungskampf offenbar nichts anderes vorstellen als den Terror. Die Welt

GRÜNE

Von gestern

Als typisches Merkmal, das die grüne Partei von allen anderen unterscheidet, taugt die Ökologie heute schon deshalb nicht mehr, weil alle von ihr reden. Vom Feminismus, dem zweiten großen Sonderthema der Grünen, lässt sich dasselbe sagen. Da bleibt nur noch der Pazifismus übrig. Das mag die kalte Entschlossenheit erklären, mit der die Grünen an diesem letzten von ihren Werten festhalten. Er ist das Refugium, in das sie sich zurückziehen,

wenn sie sich ihres Anspruchs versichern wollen, weiter zu sein, tiefer zu blicken und höher zu greifen als alle anderen Parteien. Der Verlauf des Bielefelder Parteitags, wo es um den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo ging, die Beschlusslage in etlichen Landesverbänden und der Vorschlag der Parteivorsitzenden Claudia Roth, die Angriffe auf Afghanistan vorübergehend auszusetzen, geben den Blick frei in die grüne Seele. Die Partei hat Angst, ununterscheidbar und damit überflüssig zu werden, wenn sie es mit den Realpolitikern hält und ihren Pazifismus beerdigt.

Die Welt

FINANZEN

Wieder Chaos

Vor nicht allzu langer Zeit gab es eine Bundesregierung, die viel Lob bekam. Genossen und Grüne begannen zu sparen, senkten die Steuern, und – was nicht minder wichtiger war – die Taten ihres Finanzministers

entsprachen im Großen und Ganzen seinen Worten. Das Vertrauen und die Umfragergebnisse stiegen. Weil die Wirtschaft noch boomte und die Opposition dilettierte, erschien so manch fauler Kompromiss in mildem Licht. Plötzlich aber, wo die Konjunktur einbricht und Terror die Welt bedroht, erfasst Konfusion die Amtsinhaber. Statt sich an einstige Erfolgsrezepte zu erinnern, knüpfen die Koalitionäre dort an, wo sie in fernen Tagen der Machtübernahme begonnen hatten: im Chaos. Gemeint sind ihre unausgegorenen Pläne, die Tabak- und Versicherungssteuer zu erhöhen. Was den Bürgern ursprünglich entschlossenes Handeln demonstrieren sollte, droht ins Gegenteil umzuschlagen.

Süddeutsche Zeitung

JUGENDPOLITIK

Eigenlob

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat sich soeben

anerkennend auf die Schulflechter geklopft: Erstmals sei nun ein „umfassendes Programm für Jugendpolitik“ vorgestellt worden. Unter dem Namen „Chancen im Wandel“ hat das Ministerium fleißig zusammengetragen, was es alles Gutes für den Nachwuchs bereits getan hat und noch zu tun gedenkt. Wenn das Ganze nur ein wenig konkreter und nicht ganz so selbstbeweihräuchernd wäre! In dem „Aktionsprogramm“ stehen so schöne Leerformeln wie das Bekenntnis, die Bundesregierung nehme „die Jugendlichen als Partner ernst“ oder die Feststellung, „ein wichtiger Ort sozialer Teilhabe“ seien „die Netzwerke unserer Zivilgesellschaft“. Um die düstere Gegenwart trotz des sonnigen Gemäldes („Wir setzen auf eine befreite Allianz mit der Jugend“) nicht ganz aus den Augen zu verlieren, setzt sich Frau Bergmann auch für den „interkulturellen Dialog“ ein: das Zusammenleben Jugendlicher mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen zu sichern. Süddeutsche Zeitung

Telefax 0 22 26 / 8 02 - 1 83

UBG

Medienzentrum

UiD - Union in Deutschland

BESTELLSCHEIN

Union Betriebs-GmbH

Postfach 11 90

53348 Rheinbach

Ja, ich möchte den UiD abonnieren:

_____ Expl. **Union in Deutschland**
Informationsdienst der CDU Deutschlands
Erscheinungsweise: 40 Ausgaben im Jahr, Jahresbezugspreis DM 60,-
inklusive Mehrwertsteuer und Versandkosten

Bitte tragen Sie Ihre Angaben in Druckbuchstaben ein!

Name: _____ Vorname: _____

Straße (Postfach): _____

Postleitzahl/Ort: _____

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Einzugsermächtigung

Bitte ziehen Sie die Bezugsgebühren jährlich ein über:

Bankinstitut/Ort: _____

Bankleitzahl: _____ Kto.-Nr.: _____

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Ich erbitte die Auslieferung nicht an die obige Anschrift.

Bitte liefern Sie in meinem Auftrag an folgende Adresse:

Name: _____ Vorname: _____

Straße (Postfach): _____

Postleitzahl/Ort: _____



Sie SOLL KRÄFTIG WACHSEN KÖNNEN.
UNSERE WIRTSCHAFT AUCH.



CDU

Faltkarte „Wirtschaftswachstum- 10 Punkte für den Aufschwung“

Bestell-Nr.: 2739

100 Expl.: 14,00 DM/7,16 €

Postkarte „Rot-Grün: Nix richtig. Nur teuer.“

Bestell-Nr.: 9757

100 Expl.: 15,00 DM/7,67 €



FAKTEN & POSITIONEN

KONJUNKTUR
KONJUNKTUR

ARBEITSMARKT
ARBEITSMARKT



CDU

Broschüre „Fakten & Positionen – Konjunktur und Arbeitsmarkt“

(DIN A4)

Bestell-Nr.: 5748

25 Expl.: 22,00 DM/11,25 €

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Vermold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Sofortprogramm der CDU

für mehr
Wachstum
&
Beschäftigung

CDU



Leporello „10-Punkte-Sofort- programm der CDU für mehr Wachstum & Beschäftigung“

Bestell-Nr.: 2758

100 Expl.: 30,00 DM/15,34 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Höchste Zeit zum Handeln!



Organisiert gegen Kriminalität



Broschüre „Innere Sicherheit“

Höchste Zeit zum Handeln

Bestell-Nr. 5772

Preis je 50 Expl. 27,50 DM/14,06 €

Die ausführliche
Fassung der jeweiligen
Broschüren finden
Sie im Internet unter
www.cdu.de

NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT



Kurzfassung des Diskussionspapiers der CDU Deutschlands



Broschüre „Neue Soziale Marktwirtschaft“

Kurzfassung

Bestell-Nr. 5769

Preis je 50 Expl. 50,00 DM/25,56 €

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelthöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax: (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.